



## **Rede von Bundestagskandidat Michael Groß anlässlich seiner Nominierung im Wahlkreis 123 (Recklinghausen II) am 20. November 2008**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Genossinnen und Genossen,

vielen Dank, dass ihr heute ins Ernst-Reuter-Haus gekommen seid, um den Bundestagswahlkandidaten oder die Kandidatin für den Wahlkreis 123 zu wählen. Für mich war es eine besondere Freude, die Veranstaltung in einem Haus stattfinden zu lassen, das beispielhaft für sozialdemokratische Werte und sozialdemokratisches Handeln in unserer Gesellschaft steht. Die Idee für ein Haus der Begegnung in Marl-Hamm entstand in den 1950 Jahren. Sozialdemokraten setzten das Projekt mit einem hohen Engagement und sehr vielen Stunden Eigenleistung um. 1960 konnten sie die Übergabe des Hauses mit allen Angeboten für den Stadtteil feiern. Es war auch das Zuhause von Günther Eckerland, der hier als Bürgermeister für die Menschen arbeitete und 1965 zum ersten Mal den Wahlkreis „Recklinghausen Land“ für die Sozialdemokratische Partei gewann. Der Umgang dieses großen Marler Bürgers mit Mitmenschen ist für mich ein großes Vorbild. Bürgerinnen und Bürger erzählen noch heute, dass Günther jedem in Gesprächen und Begegnungen das Gefühl gegeben hat, die Sorgen und Wünsche ernst zu nehmen und nicht „abzuprallen wie ein Wassertropfen“.

Das Ernst-Reuter-Haus ist auch heute ein Ort, in dem Menschen Hilfe finden, sich treffen und selbst Unterstützung organisieren können. Hier arbeiten die Stadtverwaltung und die AWO in optimaler Kooperation für die Menschen im Stadtteil.

Ein weiterer Aspekt für den gelungenen Standort zur Durchführung der Wahl ist die unmittelbare Nähe zum Bergwerk „Auguste Victoria“. Die Stadt Marl und den Stadtteil haben Bergleute, ihre Frauen und Familien geprägt. Solidarität und Verlässlichkeit, Mut und Optimismus sind heute noch spürbar und ein Kennzeichen für das Klima in unserer Stadt. Wir leben in einer Region der Industrie. Chemie, neue Technologien wie z.B. das „science to business center“ und Kohle sind bei uns zuhause und wir wollen und müssen sie behalten als Arbeits- und Ausbildungsplatzgaranten. Zwei Drittel aller neuen Jobs sind in den vergangenen Jahren in der Industrie und industrienahen Dienstleistungen entstanden. Damit ist die Industrie gegen alle Prognosen sogenannter Fachleute Arbeitsplatzmotor geblieben.

Die SPD hält aus unterschiedlichen Gründen am Bergbau in unserer Stadt fest und fordert einen Sockelbergbau und Planungssicherheit über 2018 hinaus. Wir brauchen Energiesicherheit: Die Abhängigkeit von ausländischen Gas-, Öl- und Kohlereserven führt in eine ungewisse Zukunft. Alternative, regenerative Energien stehen zurzeit und

absehbar noch nicht ausreichend zur Verfügung. Natürlich müssen Energieeinsparung und Umweltschutz als vordringlichste Ziele verfolgt werden. Deutschland braucht den Bergbau in unserer Region, um die Wertschöpfungskette zu sichern, den Technologiestandort zu stärken. Unsere Bergbautechnik ist in der Welt führend und wir brauchen auch Einsatzmöglichkeiten, um diese Technologie weiter zu entwickeln und zu ihre Alltagstauglichkeit im Betrieb nachzuweisen.

Die Kritik an den hohen Subventionen muss zurückgewiesen werden. Nur ca. 1,7% des Gesamtvolumens der Subventionen fließen in den Bergbau und es werden mit den steigenden Weltmarktpreisen für Energie täglich weniger. Das Bestellvolumen des Bergbaus und die Kaufkraft der Bergleute bedeuten Arbeitsplätze im Einzelhandel, in klein- und mittelständischen Betrieben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in einer „Zeit der riskanten Chancen“ (Heiner Keupp). Viele schaffen es, mit ihrem Lebenslaufkoffer voller Kompetenzen und materiellen Ressourcen den Anforderungen im Alltag gerecht zu werden. Aber immer mehr Menschen, vor allem Kinder, werden in diesem Wettrennen um Arbeit und Auskommen abgehängt, demoralisiert. Die Ängste vor Arbeitslosigkeit, Armut und persönlichem Versagen erreichen immer schneller die Mittelschicht. Wir sehen die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse. 8 Millionen geringfügig Beschäftigte, 12 Millionen Teilzeitbeschäftigte - davon 75% Frauen - mit Aussicht auf eine nicht auskömmliche Rente, immer mehr Leiharbeit mit schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsplätzen. Stammebelegschaften werden zurückgedrängt und die Reallöhne sind jahrelang gesunken. Deutschland entwickelt sich zum Niedriglohnland. 10% der Menschen in Deutschland besitzen ca. 50% des Vermögens, 50% besitzen so gut wie nichts.

Das Leben wird unplanbar, vor allem für die eigenen Kinder und ihre Zukunft. Ca. 16% der Kinder gelten als armutsgefährdet, 10% als arm. Die Herkunft entscheidet über die Perspektiven eines Kindes: In der Schule greifen tradierte Selektionsmechanismen, „ob Nachhilfeunterricht bezahlbar ist“ entscheidet über die schulische Laufbahn und die berufliche Zukunft eines Kindes. 80% der Studierenden kommen aus Akademikerfamilien, 20% aus Nichtakademikerhaushalten.

Seit Juli 2008 erfahren wir noch mehr über den früher gepriesenen Weg der Neoliberalen. Vieles in der Finanzwelt war und ist für uns immer noch nicht zu erschließen und nachzuvollziehen. Kunden wurden Finanzprodukte verkauft, die weder ihr Bankberater noch sie selbst verstanden haben. Das Vertrauen in die Welt und Seriosität der Banken wurde missbraucht. „ABS“ kannte man als eine Sicherheitstechnologie im Autobau. Jetzt wissen wir, es handelt sich um eine Abkürzung für verbrieftete Kredite. „HRE“ hätte man als eine Bezeichnung für einen Virus durchgehen lassen, nun ist diese Bank ein Synonym für „Zockerei und Monopolspielen“ mit einem schlechten Spielausgang für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. „Wetten von Wetten auf Wetten“ hatten nichts mehr mit der Realwirtschaft zu tun, wie heute so schön heißt.

Warum haben die sogenannten Fachleute nicht gewarnt, warum haben sie mitgespielt? Ich kann Peter Struck, unserem Fraktionsvorsitzenden in Berlin, mit aller Überzeugung beipflichten: „Weg mit den fünf Weisen“! Lasst uns nicht mehr auf die hören, die uns Erklärungsprinzipien und –versuche für gelungene Volkswirtschaften und Globalisierung als Naturwissenschaften verkaufen wollen. Der „Basarökonom“ Hans Werner Sinn beredete uns jahrelang penetrant, Deutschland sei nur durch

Lohndumping und Deregulierung wettbewerbsfähig. Damit hat er sicher nicht dazu beigetragen, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft zu stabilisieren. Nun ruft er fleißig nach dem Staat, d.h. nach der Unterstützung derjenigen, die er jahrelang aufgerufen hatte, zu verzichten. Die SPD muss sich an dieser Stelle insbesondere dafür einsetzen, dass derjenige, der bürgt und Geld geben soll, auch was zu sagen hat.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, die Agenda 2010 war gestern. Die SPD ist gefordert, sozialdemokratische Antworten zu geben und diese in Politik umzusetzen:

- Starke Gewerkschaften sowie Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung
- Faire Entlohnung und Mindestlöhne (Entsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungsgesetz) für eine starke Binnennachfrage und eine gute Sparquote
- Erhöhung der Transferleistungen: Kindergeld, SGB II, Wohngeld
- Abschaffung von Studiengebühren (schuldenfreier Berufseinstieg)
- Abschaffung von Elternbeiträgen für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen
- Gleiche Bildungschancen in Schulen
- Bürgerversicherung
- Vermögenssteuer (Millionärssteuer)
- Konjunkturprogramm: Bildung, innovative Technologien, Umweltschutz, usw.

Wir brauchen eine Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also unsere Mittelschicht und Benachteiligte.

Die SPD arbeitet seit 1863 für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir brauchen uns nicht fragen zu lassen, mit wem wir zusammenarbeiten, Koalitionen eingehen wollen, um in einer größtmöglichen Schnittmenge unsere Ziele umsetzen zu können. Da müssen sich andere befragen, wo denn die Blockflöten geblieben sind, die in der totalitären und menschenverachtenden DDR mitgewirkt oder das politische Agieren toleriert haben. Die SPD hat nach der Vereinigung die Aktivisten der SED nicht einfach assimiliert.

Ich werde eine Politik für Menschen und nicht gegen Menschen machen, für unsere Ideen und eine gerechte Gesellschaft. Chancengleichheit am Start und soziale Gerechtigkeit im Ergebnis. Dafür lasst uns gemeinsam Wahlkampf machen und Menschen von unseren Zielen überzeugen.

Michael Groß  
Agnesstraße 2b 45768 Marl  
 0151 / 12009209  
 [www.michael-gross-online.de](http://www.michael-gross-online.de)

